

## **Antworten zu den Wahlprüfsteinen der Landesrektorenkonferenz Sachsen**

Alternative für Deutschland (AfD)

1. Wir möchten die Unabhängigkeit und die Leistungsfähigkeit der Hochschulen durch eine höhere Grundfinanzierung stärken. Wir fordern die Abschaffung des Bachelor-Master-Systems und die Rückkehr zu den auch weiterhin gefragten Diplom- und Magisterstudiengängen. Studiengänge sollen nicht mehr von Akkreditierungsagenturen akkreditiert sondern vom SMWK beaufsichtigt und zugelassen werden. Wir möchten die Verwaltungen der Hochschulen verschlanken und den Anstieg der Verwaltungsausgaben beenden.
2. Wir befürworten die Möglichkeit, Hochschulen die Bauherrneigenschaft zu übertragen, um Bauvorhaben in eigener Verantwortung schneller durchzuführen zu können. Wir lehnen politische Vorgaben hinsichtlich des Primärenergieverbrauchs bei der Sanierung oder Errichtung von Gebäuden ab.
3. Wir wollen die Hochschulen von Aufgaben entlasten, die nicht zur Verbesserung der Lehre oder Forschung beitragen. Die im Hochschulfreiheitsgesetz enthaltenen Maßnahmen zur Qualitätssicherung und zur Hochschulsteuerung sind sinnvoll für Industrieunternehmen, aber nicht für Hochschulen. Professoren und Mitarbeiter, die eine eigene Meinung vertreten, müssen vor Mobbing und Ausgrenzung geschützt werden.
4. Wir lehnen ein Promotionsrecht für Fachhochschulen ab. Die bestehenden Möglichkeiten für eine kooperative Promotion sind ausreichend.
5. Digitale Medien werden in der Lehre bereits eingesetzt, können diese jedoch nur ergänzen und nicht ersetzen. Fördermittel für die Nutzung von Lehrplattformen oder digitaler Medien sollten in Direktmittel umgewandelt werden, damit die Hochschulen selbst entscheiden können, wie die Mittel verwendet werden. Neben den wissenschaftlich gebildeten Informatikern gibt es einen hohen Bedarf an praktisch ausgebildeten Fachkräften. Wir möchten das duale Ausbildungssystem stärken, das zahlreiche attraktive Ausbildungsberufe der Informationstechnik anbietet, die auf die Anforderungen der Industrie zugeschnitten sind. Eine praktisch ausgerichtete Berufsausbildung oder ein anwendungsorientiertes Studium an einer Fachhochschule kommt Schülern entgegen, die Erlerntes gewinnbringend umsetzen möchten und weniger Interesse an der diesem zugrunde liegenden Theorie besitzen.
6. In den technischen Fächern und der Medizin möchten wir keine Stellen abbauen. Angesichts des starken Anstieges der überwiegend unbefristeten Stellen in der Verwaltung möchten wir Personal in der Verwaltung abbauen. Allein an der TU Dresden hat die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten in der Verwaltung von 2013 bis 2018 um 33% zugenommen, während die Anzahl der Stellen in den Fakultäten im gleichen Zeitraum nur um 4% gestiegen ist (Drs.-Nr.: 6/13026, Anfrage der AfD-Fraktion).
7. In den Geisteswissenschaften liegt die Anzahl der Absolventen seit vielen Jahren deutlich über dem Bedarf. Die hohen Abbrecherquoten in den technischen Fächern zeigen, dass viele Studenten den Anforderungen ihres Studiums nicht gewachsen sind. Auch die Studie „Ausbildungsreife & Studierfähigkeit“ der Konrad-Adenauer-Stiftung (2016) bemängelt die nachlassende Studierfähigkeit der Abiturienten. Während die Hochschulen an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen, können zahlreiche Betriebe ihre Lehrstellen nicht mehr besetzen. Wir lehnen Zielvorgaben zu Studentenzahlen und anzubietenden Studienplätzen ab, möchten

jedoch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Hochschulen zur Zulassung von Studienbewerbern Aufnahmeprüfungen durchführen können.

8. Die Ursache für die hohen Abbrecherquoten und die mangelnde Studierfähigkeit vieler Abiturienten sind die über Jahrzehnte ständig gesenkten Anforderungen im Gymnasium. Wenn das Abitur zum Studium befähigen soll, müssen die Lehrinhalte im Gymnasium an den fachlichen Anforderungen ausgerichtet sein, die ein Studium stellt. Die Hochschulen sind nicht der Reparaturbetrieb eines fehlentwickelten Schulsystems.
9. Wir begrüßen diese Entwicklung und betrachten sie als Ausweis der Leistungsfähigkeit und Attraktivität der sächsischen Hochschulen. Im Vordergrund steht für uns jedoch die Qualität der Lehre und Forschung und nicht die Erhöhung der Studentenzahlen.
10. Wir möchten die Grundfinanzierung der Hochschulen erhöhen, um deren Abhängigkeit von Drittmitteln zu verringern.
11. Die Zielvereinbarungen enthalten Ziele, die die Hochschulen nur durch eine Senkung der Studien- und Prüfungsanforderungen erreichen können, sowie Ziele, auf deren Erreichung die Hochschulen keinen Einfluss besitzen. Dazu zählen Vorgaben zu Abbrecherquoten, Absolventenzahlen und dem Frauenanteil unter den Studenten. Zielvereinbarungen sind ein planwirtschaftliches Instrument, das wir abschaffen wollen.
12. Wir beobachten mit Sorge, dass sich viele Studentinnen beim abendlichen Ausgehen in den großen Universitätsstädten nicht mehr sicher fühlen. Das auch von Studenten besuchte Kulturzentrum Conne Island in Leipzig musste nach sexuellen Übergriffen auf weibliche Besucher und Diebstählen durch Migrantengruppen einen Rückgang der Besucherzahlen feststellen. Dies mindert die Attraktivität der sächsischen Universitätsstädte für Studenten und Wissenschaftler aus Ländern, in denen diese Probleme nicht bestehen. Wir wollen durch schnellere Asylverfahren und konsequente Abschiebungen die Sicherheit der Bevölkerung und der ausländischen Gäste erhöhen.
13. Wir möchten die Grundfinanzierung der Hochschulen erhöhen und Dauerstellen unterhalb einer Professur errichten, um besonders qualifizierte Forscher in Sachsen zu behalten. Die Befristung von Arbeitsverträgen für Wissenschaftler in der Qualifizierungsphase möchten wir beibehalten.
14. Das Geschlecht des Bewerbers darf kein Kriterium bei der Stellenbesetzung sein. Quotenregelungen lehnen wir ab.
15. Die Neue Hochschulsteuerung ist nicht nur für die Kunsthochschulen unzweckmäßig. Hochschulen sind keine Wirtschaftsbetriebe und können daher auch nicht wie Wirtschaftsbetriebe durch Kennzahlen gesteuert werden.
16. Die Forschungsförderung muss der wissenschaftlichen Forschung vorbehalten bleiben.
17. Die AfD hat sich zu dieser Frage noch nicht positioniert. Grundsätzlich halten wir es auch im Interesse der Absolventen nicht für sinnvoll, deutlich über dem Bedarf auszubilden.